

35
78

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Oktober 1978

SPD verunsichert die Jugend

Die SPD mißbraucht den Extremistenbeschuß, um die junge Generation einer gezielten Verunsicherungskampagne auszusetzen, weil sie offenbar unfähig ist, den innerparteilichen Druck von links und aus der Sozialistischen Nationalen standzuhalten. Dies stellte das Parteipräsidium unter Vorsitz von Helmut Kohl auf einer Sitzung am 16. Oktober 1978 in Bonn fest.

Wenn die Bundesregierung auf die generelle Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit einer Organisation verzichtet, muß jede einzelne Bewerbung für den öffentlichen Dienst geprüft werden. Die Mitgliedschaft in einer Organisation, deren Verfassungsfeindlichkeit der Bundesinnenminister festgestellt hat, muß wesentlicher Grund für die Ablehnung der Bewerbung bleiben. Die Denunzierung dieser Einzelfallprüfung als „Schnüffelei“ leistet einer unsre freieheitliche Demokratie bedrohende Verharmlosung der Extremistenproblematik Vorschub.

Diese Verharmlosung entspringt aus der man gelnden Bereitschaft oder aus der Unfähigkeit, aus unserer Geschichte und aus dem politischen Grundtatbestand der Existenz eines kommunistischen Regimes in Deutschland zu lernen.

Die CDU tritt unmißverständlich dafür ein, daß
Weiter auf Seite 2

■ FINANZEN

Haushaltsdefizite auf Kosten einer künftigen Generation

Seite 4

■ WAHLEN

CSU hat in Bayern Ihre Position stabilisiert. Das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahl

Seite 5/6

■ VERFASSUNGS-FEINDE

Die SPD-Führung stellt die Geschichte auf den Kopf

Seite 7

■ AGRARMARKT

Das ist die Praxis: SPD und FDP stimmen für mehr Bürokratie

Seite 11

■ LANDES-PARTEITAG

Auf dem Landesparteitag Rheinland-Pfalz in Trier mahnte Bernhard Vogel die Union zu mehr Geschlossenheit

Seite 12

■ PARTEIARBEIT

Wieder eine Fülle von Ideen — Taten und Aktionen

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Zukunftschanzen der jungen Generation

grüner Teil

■ UiD-EXTRA:

Europa: Aufbau und Durchführung von Parteipartnerschaften

gelber Teil

■ INFORMATION

Glückwünsche für den neuen Papst

Helmut Kohl hat dem neugewählten Papst Johannes Paul II. folgendes Glückwunschtelegramm übermittelt: „Heiliger Vater, zu Ihrer Wahl zum Oberhaupt der katholischen Kirche übermitte ich Ihnen die herzlichen Glückwünsche der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Menschen in aller Welt knüpfen hohe Hoffnungen an Ihr Pontifikat. Überall in der Welt wächst die Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden und größerer Gerechtigkeit. Ihr Vorgänger Johannes Paul I. hat es in seiner kurzen Amtszeit vermocht, sich die Herzen nicht nur der Christen zu erobern und Zeichen der Zuversicht zu setzen. Ich freue mich, daß Sie mit Ihrer Namenswahl an die Zuversicht, die Ihr Vorgänger geweckt hat, anknüpfen. Ich bin davon überzeugt, daß die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Gerechtigkeit durch Ihr Pontifikat gestärkt wird.“

(Fortsetzung von Seite 1)

Extremisten von links wie von rechts keinen Zugang zum öffentlichen Dienst erhalten. Wir lassen nicht zu, daß Millionen von Schüler und Eltern durch kommunistische und faschistische Lehrer verunsichert werden.

Das Präsidium der CDU beschloß, zu Beginn des kommenden Jahres im Konrad-Adenauer-Haus eine offene Fachtagung durchzuführen, die sich mit der Frage der Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Schutz der kleinen Krankenhäuser nötig

Quer durch die Bundesländer wird zur Zeit ein Generalangriff auf kleine und mittlere Krankenhäuser geführt, wie Albrecht Hasinger, stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, feststellt. Betroffen sind vor allem private, freigemeinnützige und kirchliche Häuser. Instrument des Angriffs ist eine Bestimmung der Reichsversicherungsordnung (§ 371 RVO), die den Krankenkassen das Recht gibt, unter bestimmten Voraussetzungen die Erstattung der Kosten für Kassenpatienten abzulehnen. In einem oftmals gemeinsamen Spiel zwischen Landesregierungen, die die Krankenhausbedarfspläne aufstellen, und Krankenkassen wird von dieser Bestimmung in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Allein in Nordrhein-Westfalen werden danach in den kommenden Jahren etwa 30 bis 40 Krankenhäuser schließen müssen.

Die eingeleitete Entwicklung bedeutet weniger Wahlfreiheit für den Patienten. Gerade in einer Zeit, in der die menschlich-pflegerischen Aspekte der Krankenhausbehandlung neben den medizinischen zunehmend an Bedeutung gewinnen, kann diese Entwicklung in keiner Weise bejaht werden. Im übrigen ist sie auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten abzulehnen, weil kleinere Häuser in vielen Fällen eher wirtschaftlicher arbeiten und niedrigere Pflegesätze anbieten können.

Ein Appell der CDU/CSU an die Bundesregierung, durch eine sinnvolle Auslegung des geltenden Rechts der bedrohlichen Entwicklung zu begegnen, ist ohne Echo geblieben. Daher erscheint es unumgänglich, im Zuge der anstehenden Novellierung des Kranken-

hausfinanzierungsgesetzes gesetzliche Änderungen gegen den Abbau der Pluralität im Krankenhauswesen zu beschließen.

Helmut Kohl besprach mit Chirac Europafragen

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl und der Vorsitzende der Gaullistischen Bewegung Frankreichs, Jacques Chirac, trafen in Bonn zu einem zweistündigen Meinungsaustausch über politische Fragen zusammen. An dem Gespräch nahmen von deutscher Seite Generalsekretär Heiner Geißler, der Außenpolitische Experte der Bundestagsfraktion, Alois Mertes, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, und der CDU-MdB Hans Stercken teil. Auf französischer Seite war der Auslandsbeauftragte des Rasssemblement pour la République, Staatssekretär a. D. Jean de Lipkowski, anwesend.

Beide Seiten stimmten in der Vorstellung von der freiheitlichen und offenen Gesellschaft überein, die in Europa in sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden solle. Sie bejahten die Notwendigkeit der europäischen Einigung, auch wenn die Auffassungen über den Verlauf des europäischen Einigungsprozesses und die Aufgaben des künftigen Europäischen Parlaments noch nicht übereinstimmten. Es wurde verabredet, hierüber die Gespräche noch zu vertiefen.

Baden-Württemberg setzt Zeichen: Ein Gesetz wird abgeschafft

Das seit dem ersten Entwurf im Jahre 1974 umstrittene „Gesetz über die Organisation der Abwasserreinigung“ — kurz Abwasserverbandsgesetz — wird aus der Welt geschafft. Diese Versiche-

rung gab Ministerpräsident Lothar Späth vor der Presse. Damit verschwindet erstmals ein aktuelles, gültiges Gesetz aus der baden-württembergischen Verwaltungslandschaft. Zur Begründung sagte Späth, durch dessen Bemühungen als damaliger CDU-Fraktionsvorsitzender das Gesetz überhaupt erst entstanden ist, er habe ein „deutliches Zeichen“ setzen wollen. Wer einen Staat mit weniger Bürokratie und mehr Bürgernähe verlange, müsse auch an sich selbst einen strengen Maßstab anlegen und bereit sein zu kritischer Prüfung. Zwar halte er das Gesetz „im Prinzip und von der fachlichen Seite her“ unverändert für wichtig, doch gebe es übergeordnete, politische Gesichtspunkte. Damit meinte Späth ausdrücklich die Freiheit und den Gestaltungsspielraum der Gemeinden, die von Anbeginn heftigen Widerstand gegen „zwangsweise Schaffung von Verbänden“ geleistet hatten. Tatsächlich ist von den laut Gesetz angestrebten fünfzehn Abwasserzweckverbänden in mehreren Jahren nur ein einziger, nämlich der Verband Neckar-Fils, zustande gekommen.

Unterschriftenaktion: Freiheit für Nico Hübner

Die Junge Union Niedersachsen (JU) hat die Bürger des Landes aufgerufen, ihre Unterschriftenaktion „Freiheit für Nico Hübner“ aktiv zu unterstützen, um damit zur Verteidigung elementarer Grundrechte und der Anprangerung dauernder Menschenrechtsverletzungen durch die Machthaber der DDR beizutragen. Die zur Unterschrift ausliegende Resolution soll dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, zugestellt werden. Die Aktion dauert vom 8. Oktober bis 31. November 1978.

■ FINANZPOLITIK

Haushaltsdefizite auf Kosten einer künftigen Generation

Die Politik zu hoher und ungerechtfertigter Verschuldung, wie sie auch im Bundesetat 1979 wieder deutlich wird, führt dazu, daß wir auf Kosten einer zukünftigen Generation leben. Einen Geschäftsmann, der ein ehemals florierendes finanzielles Unternehmen in wenigen Jahren dermaßen überschuldet, nennt man einen Bankrotteur. Nachfolgend hat der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Walter Althammer, die Zahlen zusammengestellt, die das unverantwortliche finanzpolitische Verhalten der gegenwärtigen Bundesregierung beweisen:

Die Bundesrepublik Deutschland hatte in den Jahren 1949 bis 1969 lediglich eine Netto-Neuverschuldung von 14,3 Milliarden Mark aufzuweisen. Nach der Regierungsübernahme durch SPD und FDP wurde der Bundeshaushalt ab 1974 mit folgenden Jahresbeiträgen netto neu, das heißt, zusätzlich verschuldet:

1974 um 9,5 Milliarden Mark,
1975 um 29,9 Milliarden Mark,
1976 um 25,8 Milliarden Mark,
1977 um 20,7 Milliarden Mark,
1978 um 31,5 Milliarden Mark.

Am 31. Dezember 1977 betrug die Gesamtverschuldung des Bundes 148,7246 Milliarden Mark, die der Länder rund 91 Milliarden Mark und die der Gemeinden etwa 76 Milliarden Mark. Das sind

zusammen 316 Milliarden Mark (ohne die rund 77 Milliarden Mark von Bahn und Post, 3,7 Milliarden Mark des Lastenausgleichsfonds und 1,6 Milliarden Mark des ERP-Sondervermögens). Das heißt: die Bevölkerung pro Kopf hat mehr als 5 000 Mark Schulden aufzuweisen.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist an Schuldenzuwachs vorgesehen:

**1979 35,5 Milliarden Mark,
1980 33,5 Milliarden Mark,
1981 32,5 Milliarden Mark,
1982 29,8 Milliarden Mark.**

Das bedeutet in den neun Jahren von 1974 bis 1982 einen Schuldenzuwachs von 248,7 Milliarden Mark allein auf Bundesebene.

Die Steuermehreinnahmen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr betragen hingegen für die Jahre

**1979 9,3 Milliarden Mark,
1980 11,4 Milliarden Mark,
1981 12,5 Milliarden Mark,
1982 13,2 Milliarden Mark.**

Diese Steuermehreinnahmen sind an den volkswirtschaftlichen Erfordernissen bemessen zu hoch, weil sie zum Teil durch heimliche oder offene Steuererhöhung eingenommen werden. Doch selbst dieser hohe Zuwachs an Steuereinnahmen reicht nicht aus, den Zuwachs an Schulden zu decken. Dies wird sehr deutlich, wenn man den Schuldendienst — Tilgung plus Zinszahlung — zum Vergleich heranzieht:

1978 27,2 Milliarden Mark (davon Zins 9,9 Milliarden Mark)

1979 33,6 Milliarden Mark (davon Zins 11,3 Milliarden Mark)

1980 39,1 Milliarden Mark (davon Zins 13,0 Milliarden Mark)

1981 47,2 Milliarden Mark (davon Zins 16,3 Milliarden Mark)

1982 44,0 Milliarden Mark (davon Zins 18,9 Milliarden Mark).

■ WAHLEN IN BAYERN

Union stabilisiert ihre Position

Unter Leitung von Helmut Kohl beschäftigte sich das Präsidium der CDU mit dem Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen. Die CDU gratuliert Franz Josef Strauß und der bayerischen Schwesterpartei zu diesem ausgezeichneten Ergebnis, das die Frucht einer systematischen und zukunftsbezogenen Arbeit in Bayern ist. Das bayerische Wahlergebnis zeigt, daß die Union in diesem Jahr auf breiter Ebene ihre Position stabilisiert hat, wie auch die CDU ihre Bundestagswahlergebnisse in allen

Landtagswahlen dieses Jahres verbessern konnte.

Die CDU richtet nun ihre Anstrengungen auf die Landtagswahlen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie auf die Europawahl in der ersten Hälfte des kommenden Jahres. Dabei wird die CDU noch deutlicher herausstellen, daß die kurzfristige Politik der Bundesregierung zu Lasten der jungen Generation geht, die morgen für die vermeintlichen „Erfolge“ und Versäumnisse von heute zu zahlen hat.

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1978	%	Landtagswahl 1974	%	Bundestagswahl 1976	%
Wahlberechtigte	7 650 005		7 415 892		7 347 820	
Wahlbeteiligung	5 883 219	76,9	5 765 145	77,7	6 764 839	89,6
Gültige Stimmen	11 463 071		11 278 586		6 713 695	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
CSU	6 777 619	59,1	7 001 551	62,1	4 027 499	60,0
SPD	3 600 653	31,4	3 409 126	30,2	2 201 694	32,8
FDP	710 529	6,2	586 533	5,2	419 335	6,2
NPD	66 828	0,6	121 745	1,1	29 085	0,4
BP	49 984	0,4	87 435	0,8	—	—
DKP	33 148	0,3	45 890	0,4	13 511	0,2
BSP	10 307	0,1	19 505	0,2	—	—
(KPD)			6 801	0,0	4 611	0,1
AUD/GAZ	209 848	1,8	—	—	—	—
EAP	339	0,0	—	—	—	—
UWV	674	0,0	—	—	—	—
KBW	3 042	0,0	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	0,3

Sitzverteilung	1978	1974
CSU	129	132
SPD	65	64
FDP	10	8
	204	204

Ergebnisse in den Wahlkreisen

Obérbayern

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		2 083 033	57,5	2 124 836	59,6
SPD		1 114 687	30,8	1 123 789	31,5
FDP		293 044	8,1	222 367	6,2
NPD		16 318	0,5	29 555	0,8
BP		30 067	0,8	41 681	1,2
DKP		10 571	0,3	15 336	0,4
BSP		4 043	0,1	7 108	0,2
AUD/GAZ		68 366	1,9	—	—
KBW		735	0,0	—	—

Oberpfalz

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		681 691	63,3	725 097	68,3
SPD		316 430	29,4	277 690	26,2
FDP		46 400	4,3	30 629	2,9
NPD		6 874	0,6	10 914	1,0
BP		4 899	0,5	12 117	1,1
DKP		2 570	0,2	3 195	0,3
BSP		1 933	0,2	1 947	0,2
AUD/GAZ		16 641	1,5	—	—
KBW		306	0,0	—	—

Mittelfranken

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		843 788	51,1	864 622	53,7
SPD		630 306	38,2	566 834	35,2
FDP		125 282	7,6	134 770	8,4
NPD		11 727	0,7	24 950	1,6
BP		944	0,1	4 772	0,3
DKP		7 685	0,5	10 432	0,6
BSP		1 419	0,1	2 225	0,1
AUD/GAZ		29 236	1,8	—	—
KBW		450	0,0	—	—

Schwaben

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		978 097	63,6	1 012 154	66,3
SPD		422 342	27,4	402 107	26,3

FDP	87 177	5,7	74 112	4,8
NPD	10 159	0,7	19 161	1,3
BP	2 576	0,2	13 612	0,9
DKP	3 472	0,2	4 551	0,3
AUD/GAZ	34 755	2,3	—	—
GLB	—	—	—	—
KBW	428	0,0	—	—

Niederbayern

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		703 286	68,5	745 290	72,0
SPD		252 600	24,6	239 409	23,1
FDP		33 669	3,3	22 717	2,2
NPD		6 553	0-6	10 547	1,0
BP		4 046	0,4	10 296	1,0
DKP		2 698	0,3	3 384	0,3
BSP		2 454	0,2	3 615	0,4
AUD/GAZ		20 376	2,0	—	—
KBW		395	0,0	—	—

Oberfranken

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		682 538	55,5	702 309	58,5
SPD		462 908	37,6	426 845	35,6
FDP		53 852	4,4	46 827	3,9
NPD		7 420	0,6	13 438	1,1
BP		3 071	0,2	3 386	0,3
DKP		3 035	0,2	4 416	0,4
AUD/GAZ		17 076	1,4	—	—
KBW		262	0,0	—	—

Unterfranken

	Wahlbe- teiligung	1978	%	1974	%
CSU		805 186	61,1	827 243	64,8
SPD		401 380	30,5	372 452	29,2
FDP		71 165	5,4	55 111	4,3
NPD		7 777	0,6	13 180	1,0
BP		4 381	0,3	1 571	0,1
DKP		3 117	0,2	4 576	0,4
BSP		458	0,0	2 192	0,2
AUD/GAZ		23 477	1,8	—	—
KBW		466	0,0	—	—

■ VERFASSUNGSFEINDE

Die SPD-Führung stellt die Geschichte auf den Kopf

Der SPD-Parteivorstand hat unmittelbar nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern „Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ vorgelegt. Dabei handelt es sich um eine großangelegte Vernebelungsaktion. Die Bevölkerung soll im unklaaren darüber gelassen werden, daß nach dem Willen der SPD nur noch Bewerber für sogenannte sicherheitsrelevante Bereiche des öffentlichen Dienstes auf ihre Verfassungstreue überprüft werden sollen. Nach den vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Koschnick jetzt vorgelegten Verfahrensvorschriften werden Kommunisten und Faschisten Lehrer werden können.

Besonders interessant ist es, wie die SPD ihre Abkehr von dem Ministerpräsidentenerlaß von 1972 begründet. Im Septemberheft der „Evangelischen Kommentare“ sagte Koschnick dazu, diese Treueverpflichtung sei erstmals 1933 in die Beamtengesetzgebung in Deutschland eingeführt worden: daß ein Beamter nämlich bei der Einstellung Gewähr bieten müsse, sich für den nationalsozialistischen Staat zu engagieren, so wie heute für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Koschnick will der Öffentlichkeit also suggerieren, mit unserer Einstellung gegen kommu-

nistische Lehrer ahmten wir nur die Nazis nach.

In Wahrheit stellt die SPD-Führung damit die Geschichte auf den Kopf, stellt hierzu Richard von Weizsäcker fest. Sie täuscht nicht nur die Öffentlichkeit, sondern sie fällt ihren eigenen früheren Erkenntnissen in den Rücken. Es waren nämlich nicht Nazis, sondern Demokraten, und zwar unter führender Mitwirkung von Sozialdemokraten, welche die Notwendigkeit erkannt hatten, die politische Treuepflicht der Beamten zu nominieren.

❶ Nach der Ermordung Walther Rathenaus wurde 1922 das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik vorgelegt. Es gab heftige Kritik am Entwurf, und zwar insbesondere von einigen Rechtsparteien. Schließlich wurde am 28. Juli 1922 in namentlicher Abstimmung, unter anderem mit den Stimmen der SPD, beschlossen, daß der Beamte verpflichtet sei, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten.

❷ Noch deutlicher ging es 1930 zu. Das preußische Staatsministerium unter der Leitung des bewährten Sozialdemokraten Otto Braun stellte in einem Kabinettsbeschuß vom 25. Juni 1930 fest, daß ein Beamter seine besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staat verletze, wenn er Mitglied der Nationalsozialistischen oder der Kommunisti-



Aus „Frankfurter Neue Presse“, 13. Oktober 1978

schen Partei sei. Die politische Kraft der Demokraten in Preußen und im Reich reichte aber nicht mehr aus, um dem Erlaß die hinreichende Durchschlagskraft zu sichern. Es war schon zu spät. Denn nur einige Reichsländer unterstützten den Standpunkt Preußens, andere dagegen nicht. Als Hindenburg dann durch den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 den Reichskommissar für Preußen einsetzte, hoben dessen Beauftragte bereits eine Woche später den Braunschen Beschuß auf, jedenfalls soweit die NSDAP davon betroffen war.

Im übrigen hat ein unbegreifliches Maß an Naivität diejenigen Sozialdemokra-

ten befallen, die der Meinung sind, man könnte die Anwendung der Staatstreueverpflichtung gerade bei den Lehrern lockern. Lenin würde in ein homerisches Gelächter ausbrechen, würde er dies hören. Denn den Kräften, welche nicht nur ein bißchen herumspionieren oder kleinere Gewalttaten vollbringen wollen, sondern deren Ziel es ist, ernsthaft unsere freiheitliche Ordnung in eine andere Republik zu verwandeln, geht es gerade in einer Linie darum, die junge Generation in den Griff zu bekommen, die Schaltstellen der Erziehung zu besetzen, und das heißt, die Lehrerausbildung und die Lehrertätigkeit selbst zu übernehmen. Die Union wird dies nicht zulassen.

■ KOALITION

Echternach kündigt Bürgerinitiative an

Nachdem der Hamburger Bürgermeister Klose vor zwei Wochen die Diskussion über die Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst mit der Erklärung, daß auch Kommunisten Lehrer werden könnten, wieder entfacht hatte, erklärte der Hamburger Oppositionsführer Echternach, die CDU wolle mit einer Bürgerinitiative den Senat bewegen, den gemeinsamen Kampf der Demokraten gegen die Feinde des Staates wieder aufzunehmen, damit die Kinder vor politischen Verführungen aller Art geschützt würden. Die CDU will Unterschriften sammeln und in Flugblättern und Zeitungsannoncen zur Beteiligung an der Bürgerinitiative anregen. Echternach rief auch die Eltern in den anderen Bundesländern auf, mitzumachen.

Am Tag Beamter — am Abend Kommunist

Hamburgs Ex-Sozialsenator Ernst Weiß (SPD) hat in einem Zeitungsinterview scharf kritisiert, daß Kommunisten jetzt in der Hansestadt Lehrer werden dürfen: „Ich habe die Menschenfeindlichkeit der radikalen Parteien von links und rechts (vor 1933) kennengelernt.“ „Ich halte es für Geistesverwirrung, wenn Kommunisten oder Nazis behaupten, tagsüber als Beamte für das Grundgesetz einzutreten, aber nach Feierabend an der Beseitigung arbeiten.“ „Wer heute Beamter werden will, muß... sich auch nach Vorstrafen fragen und seine Gesundheit überprüfen lassen. Warum dann auch nicht auf sei-

ne Verfassungstreue?“ „Es könnte eines Tages sein... daß ganze Horden von Neonazis als braune Wölfe im Schafspelz ungeprüft Beamte werden dürfen.“

Abkehr vom falschen Bildungssystem

Der von der SPD/FDP propagierte einseitige Ausbau der weiterführenden Bildungsgänge erweist sich heute als kardinaler Fehler. Der bildungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Albert Probst wies darauf hin, daß infolge sozial-liberaler Bildungsutopien zur Zeit in der Wirtschaft 600 000 Facharbeiterstellen nicht zu besetzen sind.

Es geht weitgehend auf das Konto der SPD/FDP, daß unser Bildungssystem mutwillig und ohne jede sachliche Begründung vom Beschäftigungssystem abgekoppelt wurde. Die Leidtragenden dieser ideologisch fixierten und bar jeden Sachverständes mit Milliardenaufwand betriebenen Bildungsreform sind heute Hunderttausende von Jugendlichen, die mit großen Hoffnungen ein Universitätsstudium aufgenommen haben und jetzt einer immer ungewisseren beruflichen Zukunft entgegensehen. Die Bundesregierung sollte aus dieser Fehlentwicklung endlich die Konsequenzen ziehen und den von ihr in großem Stil geförderten weiteren Hochschulausbau einer kritischen Prüfung unterziehen.

SPD und FDP bescherten uns die Formularschwemme

Zu den Absichten der Bundesregierung, die Formularschwemme bei den Steuern einzudämmen, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß Reinhold Kreile, daß

diese Flut von Vordrucken erst in der Zeit der SPD/FDP-Koalition in einem vorher nicht gekannten Ausmaß angewachsen sei. Ein kompletter Vordrucksatz (natürliche Personen, Personengesellschaften und Körperschaften) für Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Vermögensteuer umfaßte für 1968 nur 16 Einzelvordrucke mit zusammen 52 Druckseiten. Derselbe Vordruck hat sich 1977 auf 46 Einzelvordrucke mit zusammen 155 Druckseiten vermehrt. Wie so oft bei dieser Bundesregierung wird die Propagandamaschine schon in Gang gesetzt, wenn man zu der Einsicht gekommen ist, man müsse einen Mißstand ändern, den man selbst verschuldet hat.

Verunsicherung der Rentner bleibt

Obwohl der Bundeskanzler und der Bundesarbeitsminister der Bevölkerung gegenüber ein Festhalten am Prinzip der bruttolohnbezogenen Rente und für 1982 eine Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente vorgaukeln, hat, der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Oktober 1978 zufolge, der Sozialexperte der FDP-Fraktion Hans-Heinrich Schmidt-Kempten, in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, Zweifel an der Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente geäußert, da die Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung nur vorübergehend gelöst werden könnten. Wenige Monate nach Verabschiedung des 21. Rentenanpassungsgesetzes, so erklärte hierzu der Vorsitzende des Arbeitskreises (IV) Sozial- und Gesellschaftspolitik der Bundestagsfraktion Heinz Franke, werden also diese Beschlüsse bereits dadurch in Frage gestellt, daß durch die

Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte keine ausreichende Finanzierungsgrundlage gegeben wird. Die Widersprüchlichkeit von Versprechungen, Ankündigungen und Beteuerungen sollte jetzt durch eine klärende Stellungnahme des Bundeskanzlers beendet werden. Die ständige Verunsicherung unserer Rentner muß ein Ende haben. Die CDU/CSU wird dieses Thema im Deutschen Bundestag zur Sprache bringen.

Wieder Doppelzüngigkeit

Frau Minister Huber (SPD) hat auf die Frage, was sie in Zukunft gegen Kindesmißhandlung zu tun gedenke, geantwortet, für die Bundesregierung seien alle Bemühungen vordringlich, die der Entfaltung der Erziehungskräfte in der Familie dienten. Dagegen wird in ihrem Ministerium hierüber ganz anders gedacht, stellt hierzu MdB Hermann Kroll-Schlüter fest. Der Chefideologe von Frau Huber, Kosmale, brachte kürzlich zum Ausdruck, daß Kindesmißhandlungen bis hin zur Kindestötung ja vorwiegend in Familien geschähen, daß Mißhandlungen oder sogar Tod in öffentlicher Erziehung dagegen äußerst selten seien. Brutalität in der Ehe sei somit ein Phänomen eben dieser Institution. Wer so spricht und schreibt, der handelt auch entsprechend, das heißt in diesem Falle, daß die Bundesregierung alles unternimmt, um die Familie durch außerfamiliäre Einrichtungen zu ersetzen. Damit das nicht zu deutlich wird, muß Frau Huber durch gefällige Erklärung dies verdecken. Weder ein elterliches Sorgerecht noch ein Jugendhilfegesetz, das die Familie schwächt und Konflikte in sie hineinträgt oder die freie Jugendarbeit schwächt, wird die Zustimmung der CDU/CSU finden.

■ AGRARMARKT

Das ist die Praxis: SPD und FDP stimmen für mehr Bürokratie

Im Deutschen Bundestag ist in der jüngsten Vergangenheit von Sprechern aller Fraktionen das Auswuchern der Bürokratie in unserem Land negativ beurteilt worden. Bundeskanzler Helmut Schmidt ist nach eigenem Bekunden nicht dazu in der Lage, seine Wasser- und Stromabrechnung zu lesen und zu verstehen. Das ist auch ein Ausfluß der Bürokratie. Wenn SPD und FDP jedoch wirklich einmal gefordert werden, etwas gegen die Ausuferung der Bürokratie zu tun, kneifen sie, stellt MdB Egon Susset fest.

Ein typisches Beispiel hierfür ist der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen landwirtschaftlichen Marktorganisation. Durch diesen Gesetzentwurf werden die Voraussetzungen für mehr Bürokratie und eine bürgerferne Verwaltung geschaffen. Die genaue Prüfung des — für die meisten Bürger ohnehin unverständlichen — Gesetzentwurfs ergibt, daß die Bundesregierung praktisch ihre zentrale Verwaltung zur Durchführung der landwirtschaftlichen Marktorganisation weiter auszubauen beabsichtigt, oder zumindest in die Lage versetzt werden soll, dieses durch bundeseigene Mittel- und Unterbehörden zu tun.

Eine solche zusätzliche Aufblähung von Ämtern und Behörden ist jedoch nicht notwendig. Die Bundesländer sind mit ihren bereits vorhandenen Einrichtungen durchaus in der Lage, weitere Aufgaben ohne nennenswerte zusätzliche Kosten hierfür zu übernehmen.

Sicherlich nicht ohne Grund schreibt Artikel 87 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes vor, daß bei der Errichtung neuer bundeseigener Mittel- und Unterbehörden ein besonderes Bedürfnis im Sinne eines dringenden Bedarfs vorliegen muß. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein solcher dringender Bedarf in der im Gesetzentwurf vorgelegten Form nicht erkennbar. Im Gegenteil: Aus der Erfahrung der Bundesländer in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß die Nichtbeteiligung der Länder bei der Durchführung von EG-Maßnahmen immer wieder zu praxisfremden und verwaltungsaufwendigen und damit teuren Verfahrensregelungen geführt hat. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung ist dabei wiederholt verletzt worden.

Die CDU/CSU hat den vorliegenden Gesetzentwurf eingehend geprüft und kommt zu dem Ergebnis, daß es eines Gesetzes, durch das den Bundesländern originäre Zuständigkeiten genommen werden und durch das eine neue Bundesbehördenbürokratie entstehen kann, nicht bedarf. Die CDU/CSU-Fraktion hat den Entwurf abgelehnt.

■ LANDESPARTEITAG RHEINLAND-PFALZ

Bernhard Vogel mahnt die Partei zu mehr Geschlossenheit

Die CDU in Rheinland-Pfalz ist für die kommenden Aufgaben, insbesondere die Wahlen im kommenden Frühjahr, bestens gerüstet. Auf dem Landesparteitag in Trier gab es nicht nur einen überzeugenden Vertrauensbeweis für den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, sondern nach sechsstündiger Debatte wurde auch das Rheinland-Pfalz-Programm von den Delegierten einmütig verabschiedet; es ist richtungweisend für die Zukunft des Landes.

Bernhard Vogel bedankte sich bei den Delegierten für die überzeugende Zustimmung und den beachtlichen Ernst, mit dem über jeden einzelnen Antrag zum Programm diskutiert worden ist. Der Ministerpräsident ist der umstrittene Landeschef der rheinland-pfälzischen CDU. Mit 387 von 402 abgegebenen Stimmen erzielte er ein überwältigendes Ergebnis. Das sind 96,3 Prozent oder 1,9 Prozent mehr als bei der letzten Wahl. Ebenfalls überzeugend wurden Landwirtschaftsminister Otto Mayer als Stellvertreter und Justizminister Otto Theisen als Schatzmeister in ihren Ämtern bestätigt.

Heiner Geißler und Albert Leicht schieden infolge ihrer anderweitigen Verpflichtungen aus dem Landesvorstand aus. Generalsekretär Heiner Geißler, der von den Delegierten stürmisch ge-

feiert wurde, hat das Recht, an jeder Landesvorstandssitzung als Guest teilnehmen zu können.

Zum Rheinland-Pfalz-Programm erklärte Bernhard Vogel: Das Programm soll die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung des Landes auch unter veränderten und zum Teil ungünstiger gewordenen Bedingungen sichern. Der Entwurf legt überzeugend dar, wie sich die Union die Zukunft des Landes vorstellt:

- als Heimat seiner Menschen
- als Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland
- als Region in der Europäischen Gemeinschaft.

Vier Schwerpunkte stellt Bernhard Vogel heraus:

1. Schluß mit der Überperfectionierung und mit dem immer unerträglicheren Eindringen der Staats- und Verwaltungstätigkeit in alle Freiräume von Personen und Gruppen.
2. Gesetze, Verordnungen und Erlasse werden einer strengen Prüfung unterzogen, ob sie unabwendbar notwendig sind.
3. Die Union wird dafür sorgen, daß die notwendigen Regelungen in eine Sprache gefaßt sind, in der sie jeder verstehen kann.
4. Die Verwaltungen sollen so eingerichtet werden, daß sie Dienststellen sind, die um das Vertrauen der Bürger

werben, damit der Bürger sich nicht als ein lästiger Bittsteller vorkommen muß, wenn er ein Anliegen vortragen darf.

Vehement setzte sich der Ministerpräsident für ein neues Verhältnis des Bürgers zum Staat ein. Wörtlich sagte Bernhard Vogel: „Für mich ist das eine der wichtigsten Aufgaben!“ Zur Diskussion um den Radikalenerlaß erklärte der Landesvorsitzende: Es bleibt dabei, Rheinland-Pfalz hat im Staatsdienst keinen Platz für Radikale, ganz gleich, ob es sich um Radikale von links oder von rechts handelt. Bei den Jugendsünden sind wir großzügig. Kein Jugendlicher in Rheinland-Pfalz braucht sich verunsichert zu fühlen. Wer noch nicht volljährig ist, ist auch noch nicht voll verantwortlich.

Ein klares Bekenntnis zur Volkspartei

Die Diskussion um die vierte Partei hält die Union in Rheinland-Pfalz für unnötig, überflüssig und schädlich.

„Wir wollen die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner,

wir wollen die Geschlossenheit in den eigenen Reihen;

wir wollen keine vierte Partei“, stellte Bernhard Vogel fest und legte ein klares Bekenntnis zur Volkspartei ab. „Wenn es sie nicht gäbe, müßte sie erfunden werden.“ Eine moderne Volkspartei wie die Union braucht sich nicht an Meinungsumfragen zu orientieren, sondern muß Entscheidungen treffen und dazu stehen, auch dann, wenn derartige Entscheidungen nicht allen schmecken.

Zur innerparteilichen Situation sagte Bernhard Vogel: „Bei uns in der Union ist Platz für Kritik; für Kritik, die das

Wohl unserer Partei im Auge hat. Wer Kritik übt, muß auch Rechenschaft darüber geben, wo er dies tut, wann er dies tut und warum er dies tut. Von den Kritikern Helmut Kohls, die sich in den letzten Wochen zu Worte gemeldet haben, habe ich auf diese Fragen bis heute leider keine überzeugende Antwort erhalten. Es ist ein Unterschied, ob Kritik im Bundesvorstand oder in einem Nachrichtenmagazin veröffentlicht wird.“

Parteibeschlüsse schneller in den Parlamenten umsetzen

Nicht die Hilfskonstruktion einer vierten Partei, sondern sachliche politische Alternativen werden dazu führen, daß die Union die wenigen fehlenden Stimmen gewinnt, um die nächsten Wahlen für sich zu entscheiden, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler. Die Union hat eine Reihe solcher Initiativen entwickelt und mit beachtlichem Erfolg der Öffentlichkeit vorgestellt. Um dem Wähler aber die gesamtpolitische Leistung der Union uneingeschränkt zu vermitteln, ist es notwendig, daß die Beschlüsse der Partei schneller in den Parlamenten umgesetzt werden. Die Politik der CDU ist nicht einseitig — nur ihre Darstellung ist es manchmal. Den Delegierten rief der Generalsekretär zu:

„Wir müssen die fehlenden 200 000 bis 300 000 Stimmen bei SPD und FDP holen; ein Weg dazu sind überzeugende Sachprogramme, zumal der Bürger schon heute der Union in wichtigen politischen Bereichen die größere Sachkompetenz zutraut. Das in Trier verabschiedete Rheinland-Pfalz-Programm ist ein Beispiel dafür, wie man 1980 die Bundestagswahl erfolgreich bestehen kann.“

■ PARTEIARBEIT

Ideen – Taten – Aktionen

„Trierer Bürger bestimmen mit“

Unter diesem Motto hat der CDU-Kreisverband Trier-Stadt mit Erfolg eine repräsentative Befragung bei den Trierer Bürgern durchgeführt. Ziel dieser nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführten Aktion war es, Bürgerbeteiligung im kommunalpolitischen Bereich zu praktizieren und zu verstärken. Die Auswertung der Fragebogen, die von der Bevölkerung in einer für Befragungen überdurchschnittlich hohen Anzahl zurückgeschickt wurden, ergab viele interessante Erkenntnisse, die in die künftige kommunale Arbeit eingehen. Die Aktion fand ein großes Echo in der Presse, viele Kreisverbände in Rheinland-Pfalz haben bereits Material zugeschickt bekommen. Der Kreisverband Trier ist auch bereit, das Material bundesweit zu verschicken.

CDU-Kreisverband Trier-Stadt
Kaiserstraße 24
5500 Trier

Die Gemeinde im Blickpunkt

Zum Jahreswechsel informiert die CDU-Ratsfraktion Uedem die Bürger ihrer Gemeinde über die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres und gibt einen Ausblick auf die Vorhaben des kommenden Jahres.

Das Informationsblatt „Uedem im Blickpunkt“ erscheint bereits zum dritten Mal und zeigt in vielen anschaulichen Bildern die wesentlichen Veränderungen in der Gemeinde. Für den Bürger interessante Daten über die Bevölke-

rungsstruktur und die Schulen werden ebenfalls aufgeführt.

CDU-Ratsfraktion Uedem
4182 Uedem

Glückwünsche für Schulentlassene

Über 90 Schulabgänger der Verbundsgemeinde Zell/Mosel wurden zum Abschluß der schulischen Bildung von der CDU des Stadtverbandes schriftlich beglückwünscht. Damit verbunden waren gute Wünsche zum Start in das berufliche sowie in das öffentliche und gesellschaftliche Leben. Unter Darlegung der Grundziele der CDU wurde zugleich an die Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Engagement und zur aktiven Mitwirkung in der Jungen Union und der CDU appelliert.

CDU-Stadtverband Zell/Mosel
Waldbornstraße 14
5583 Zell/Mosel

Kaffeetreff mit Umsiedlern

Zur Einführung der Umsiedler in die Gemeinschaft veranstaltete der Ortsverband Wanne-Mitte eine gemütliche Kaffeerunde, in der die Umsiedler ihre Sorgen einmal vergessen sollten. Dazu wurde ein Lokal in der Nähe eines Umsiedlerheimes ausgesucht, um die Wege für Ältere und Behinderte kurz zu halten. Die Runde hat bei den Umsiedlern guten Anklang gefunden und soll in Abständen wiederholt werden.

CDU Herne
Bebelstraße 26
4690 Herne

TONBILDSCHAU ZUR PRAKTISEN PARTEIARBEIT

Mitdenken — Mitarbeiteren — Mobilisieren

So lautet der Titel einer Tonbildschau, die als ein Leitfaden für erfolgreiche CDU-Öffentlichkeitsarbeit von der Bundesgeschäftsstelle zusammengestellt wurde. Sie dient zur Motivation und Schulung der Mitglieder und soll insbesondere vor Wahlkämpfen eingesetzt werden.

In einer flotten Form werden grundsätzliche Informationen über die Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Beispiele zeigen, wie jeder einzelne für die Partei Öffentlichkeitsarbeit betreiben kann und sollte. Es werden Tips gegeben für die Herstellung von Flugblättern und Plakaten, deren Einsatz und Plazierung, zur öffentlichen Diskussion wie zum persönlichen Gespräch, zur Mitgliederwerbung und zu Hausbesuchen, kurz zu allen möglichen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Tonbildschau umfaßt eine Serie von 120 Dias sowie eine bespielte Tonkassette und hat eine Dauer von etwa einer halben Stunde. Die Vorführung kann mit einem üblichen Dia-Projektor und Kassettenrecorder erfolgen. Hinweise für die Durchführung sowie eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte sind beigelegt.

Allen Kreisverbänden wird ein Exemplar dieser Tonbildschau kostenlos von der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Exemplare können bei der Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit zum Preis von 150 DM pro Exemplar bestellt werden.

Ratgeber für ältere Mitbürger

Solche Publikationen sind ein gutes Beispiel für bürgernahe Parteiarbeit. Auch der CDU-Gemeindeverband Hennef-Sieg hat sich dieser Aufgabe angenommen und eine Broschüre erarbeitet, die den älteren Mitbürgern den richtigen Weg durch das Gestrüpp von Paragraphen und Verordnungen erleichtert. Alle wichtigen Informationen sind in diesem Ratgeber übersichtlich und verständlich aufgeführt.

**CDU-Gemeindeverband
Hennef-Sieg
5202 Hennef-Sieg 41**

Open-air-Festival in Koblenz

Ein großes Musikfestival „Jugend für Europa“ veranstaltete die Junge Union

Koblenz-Stadt mit Unterstützung des Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur auf der Festung Ehrenbreitstein. Mit Lagerfeuer, Bier und Bratwürstchen, Rock, Pop und Folk wurden die Jugendlichen auf die im nächsten Jahr stattfindende Europawahl aufmerksam gemacht. Das Festival fand auch in anderen Kreisverbänden einen großen Anklang, so daß Sternfahrten nach Koblenz organisiert wurden.

Am Sonntagmorgen endete das Open-air-Festival mit einem Frühschoppen im Koblenzer Weindorf.

**Junge Union
Kreisverband Koblenz-Stadt
Clemensstraße
5400 Koblenz**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Schritt für Schritt

Das zielbewußt vorangetriebene Unternehmen, den öffentlichen Dienst für Verfassungsfeinde zu öffnen, hat sich jetzt auf ein ebenso breites wie wichtiges Feld konzentriert: das der Lehrer. Das Publikum konnte ziemlich leicht dafür gewonnen werden, Kommunisten als Briefträger oder Lokomotivführer nicht so schlimm zu finden; wer will schon etwas wissen von den Regeln des Beamtenrechts. Jetzt konzentriert sich der Kampf auf die Lehrer. Hier wollen die Kommunisten zwei Chancen wahrnehmen. Auf der einen Seite kann man — vielleicht vorsichtig, denn es geht um Positionen — Schulkinder beeinflussen. Auf der anderen Seite kann man sich als gleichberechtigte Partei dem Volk vorführen.

Die Rechtslage ist klar. Unterschiede beim Abfordern aktiver Verfassungstreue des Beamten je nach Funktion darf es nicht geben. Streitig kann eigentlich nur sein, wie die Verfas-

sungstreue festgestellt — oder ob auf die Feststellung von vornherein verzichtet werden solle. Der Deutsche Lehrerverband will an die Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Organisation oder Partei anknüpfen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will, wie starke Kräfte in der SPD, den Verzicht auf die Nachfrage beim Verfassungsschutz. Heraus käme dann etwas, was sich auf die Formel bringen läßt „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.

Zweifel sind am Platz, ob eine von der Einstellungsbehörde freihändig zu treffende Prognose „liberaler“ ist als die Anfrage beim Verfassungsschutz, die in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle nichts ergibt. Der Willkür des Einstellenden wird mehr Raum gegeben, wenn er mit dem Finger im Wind prüfen soll, ob der Einzustellende „Verfassungsfeind“ ist. Und noch stärkere Zweifel sind angezeigt, ob die derzeit oft angestellte Hilfserwägung realistisch ist, wenn einer sich im Dienst als Verfassungsfeind erweise, könne man ihn ja hinauswerfen. Das Disziplinarrecht ist in den letzten Jahren zusehends stumpf geworden.

Frankfurter Allgemeine, 16. 10. 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD